Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,40 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 6. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 228 — 95. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 29. September 1936

Die Währungssorgen der anderen

Seit durch den Weltkrieg und die gewaltsamen Friedensverträge die politischen Grundlagen zahlreicher Länder gestört sind, hat es auch an wirtschaftlichen Erschütterungen nicht gefehlt. Seit Jahren drücken sich die Folgen schwerer Krisen in Währungserschütterungen aus, die bald dieses, bald jenes Land in arge Krisen verwickeln. Auch die Abwertungserklärung der französischen Regierung, die sich mit ihrer Abwertung dem Vorgehen von über 40 Ländern seit 1931 anschließt, ist ein Beweis ungesunder innerwirtschaftlicher Verhältnisse.

Daß mit dem Abgehen Frankreichs vom Golde auch die Schweiz und Holland ihre Goldposition aufgeben würden, war so gut wie sicher. Diese drei Länder hatten sich, nachdem in den letzten beiden Jahren Belgien und die Tschechoslowakei aus der Front der Goldblockländer ausgeschieden waren, immer wieder dahingehend geäußert, daß sie unter allen Umständen „goldtreu" bleiben würden. Diese drei Länder bildeten die letzten Säulen des Goldblocks, brach eine von diesen, mußten auch die andern wohl oder übel folgen. Allerdings können die Auswirkungen in den einzelnen Staaten völlig wesensverschieden sein.

Der Goldblock war seit der Lösung Englands vom Goldstandard im Jahre 1931 der Gegenspieler des sogenannten „Sterlingblocks", d. h. jener Länder, die sich wertmäßig an das Pfund gebunden hatten. Zum Sterlingblock gehörten die Dominien, eine Reihe weiterer Ueberseeländer und die skandinavischen Staaten. Zum Goldblock schlossen sich damals Frankreich, Holland, Belgien, Polen, Italien und die Tschechoslowakei zusammen. Durch politische Ereignisse (Abessinienkrieg) gab Italien seine Goldpolitik zum Teil auf, aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich mit Rücksicht auf Ausfuhrhoffnungen für seine Fertigwarenindustrie, löste sich Belgien vom Golde, und auch Polen und die Tschechoslowakei gaben aus ähnlichen Gründen die Bindung an das Gold auf.

Da Frankreich, Holland und die Schweiz nach wie vor über riesige Goldbestände verfügten, hofften sie sich gegen das Gespenst der Abwertung, das seit langem umgeht, behaupten zu können. Mit Staatshilfe wurde versucht, die den Ausfuhrindustrien aus ihrem hohen Preisstand gegenüber den entwerteten Valuten entstehenden Schäden auszugleichen. Das geht so lange, wie eine gefestigte Regierung Herr der politischen und wirtschaftlichen Lage ist. Bei der starken Meinungsspaltung in Frankreich, bei den Etatsnöten, Lohnsteigerungs- und Streikwellen, die seit der Uebernahme der Regierung durch die Volksfront Frankreich mit Sorgen und Nöten überziehen, ergaben sich aber so viel Schwierigkeiten, daß das Kapital immer stärker aus Frankreich floh — allein 5 Milliarden Francs sind schätzungsweise nach England in Sicherheit gebracht worden — und die Regierung Blum trotz ihres während der Wahlkampagne gegebenen Versprechens, unter keinen Umständen die französische Währung abzuwerten, schließlich keinen anderen Ausweg mehr sah als Wertminderung des Francs. Mit diesem Entschluß ist eine unbeschreibliche Unruhe aufs neue in das Land getragen worden. Die französischen Sparer, die ein Vermögen zwischen 50 und 200 000 Francs haben, wissen, daß sie morgen davon 25, 30 oder gar 35 v. H. opfern müssen. Viele von ihnen haben noch die letzte Anleihe gezeichnet, weil sie dem Wahlversprechen, nicht abzuwerten, vertraut hatten. Jetzt sind sie die Betrogenen. Die Arbeiter, denen eben erst mit viel hochtönenden Worten Gehaltserhöhungen zugestanden worden waren, sehen sich durch die bereits in den letzten Wochen gestiegenen Preise, die in den nächsten Wochen wohl kaum auf ihrer derzeitigen Höhe gehalten werden können, ebenfalls betrogen. Welches sind nun die wirtschaftlichen Folgen der Abwertung?

Einwandfrei lassen sie sich heute noch keinesfalls übersehen. Man weiß nur soviel, daß die Aufwertung des Goldes im Bestand der Bank von Frankreich einen Buchgewinn von rund 13 Milliarden ergeben würde, vorausgesetzt, daß eine Abwertung um 25 v. H. durchgeführt wird. Aber was sind für Frankreich 13 Milliarden bei einer Staatsschuld von 350 Milliarden? Als ernsthaften Wirtschaftsvorteil erwarten gewisse Wirtschaftskreise die Gesundung der handelspolitischen Beziehungen Frankreichs. Der Außenhandel Frankreichs ist in der Tat auf einen Tiefstand angelangt, der erschreckend ist. Schon 1932 war die französische Ausfuhr auf 57 v. H. des Standes von 1913 angelangt, und 1935 auf 44 v. H. Die Stockung der französischen Ausfuhr ist hauptsächlich auf das berüchtigte Zoll- und Kontingentsystem zurückzuführen, das Frankreich in eine Reihe schwerer Handelskonflikte stürzte, so mit Spanien und den Vereinigten Staaten. Mit England wurde die Einführung sofortiger „Vergeltungstaxen" ein offener Handelskrieg vermieden. Auch der deutsch-französische Außenhandel hat unter dem Druck der bürokratischen Handelsmaßnahmen Frankreichs schwer gelitten. Ob durch die Abwertung die erhoffte Besserung erzielt wird, steht dahin; auf dem Wege der Unterbietung bestimmt nicht, denn Frankreich mußte sich England und den Vereinigten Staaten gegenüber verpflichten, die Abwertung nicht zu einem neuen Kampf um den Welthandel auszunützen. Es kann sich also nur verständigen und zumindest eine größere Einfuhrwilligkeit zeigen als bisher, wenn es in Zukunft mit Steigerungen für seine Ausfuhr rechnen will. Wieweit Frankreich sich überhaupt in Zukunft auf das Währungsabkommen mit seinen angelsächsischen Partnern wird stützen können, steht ebenfalls dahin; denn beide Länder haben sich bis zu einem gewissen Grade freie Hand gehalten. Die Verständigung mit Amerika setzt überdies voraus, daß Roosevelt aufs neue zum Präsidenten gewählt wird. Ist das nicht der Fall, so ist sehr wohl eine neue Währungsgrundlage möglich, die das große Opfer, das heute vom französischen Volk verlangt wird, teilweise wenigstens illusorisch macht. Schadlos kann die Abwertungspolitik nur dann an den einzelnen Ländern vorübergehen, wenn eine starke Hand die Zügel der Regierung führt, auf die sowohl Holland wie die Schweiz rechnen.

Deutschland aber, das es verstanden hat, auch ohne größere Goldbestände seine Währung seit Jahren vollständig stabil zu erhalten, kann der Entwicklung der Dinge, die jetzt in den Goldblockländern einsetzt, mit Ruhe und Zurückhaltung zuschauen. Die deutsche Wirtschaftspolitik ist durch die straffe Devisenpolitik, durch den „Neuen Plan" und durch den zweiten Vierjahresplan des Führers so klar vorgezeichnet und so fest untermauert, daß sie auch weiterhin dem Lande die Ruhe und Sicherheit gewährleistet, die es seit 1933 genießt.

*

Umstellung der griechischen Währung auf das Pfund

Nach der Abwertung des französischen Franc hat die Bank von Griechenland in Uebereinstimmung mit der Regierung beschlossen, den Schweizer Franken als Wechselgrundlage zu verlassen und den Kurs der Währung auf das Pfund einzustellen.

„Es braucht niemand Sorge zu haben, daß er nicht satt werden wird."

Eine Ermahnung der Reichsregierung an die deutsche Hausfrau.

DNB. Berlin, 29. September. Der „Völkische Beobachter" veröffentlicht am Dienstag grundsätzliche Ausführungen des Reichsernährungsministers R. Walther Darré zur Ernährungslage, in denen es u. a. heißt:

Ein neues Wirtschaftsjahr beginnt. Wie zeigt sich uns die ernährungswirtschaftliche Lage? Was erwarten Führer und Volk als selbstverständliche Pflichterfüllung? In jedem landwirtschaftlichen Betrieb muß heute jede einzelne Maßnahme auf das Gesamtwohl eingestellt sein. Richtunggebend sind hierfür neben den Zielen der Erzeugungsschlacht vor allem die Anweisungen und Anordnungen der Marktordnungsorgane. Jetzt kommt alles darauf an, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Erzeugnisse in ständigem regelmäßigem Fluß und zu festgesetzten Preisen an den Markt bringt. Gewissenhafte und pünktliche Erfüllung der vorgeschriebenen Ablieferungspflichten ist eine der dringlichen Forderungen der Volksernährung.

Bauern und Landwirte, die gegen diese Vorschriften der Marktordnungsverbände verstoßen, schädigen das deutsche Volk. Gewissenlos gegenüber dem Gesamtwohl des Volkes handeln auch jene — wenn es auch nur Ausnahmeerscheinungen sind —, die als Erzeuger, Verteiler oder Verarbeiter aus Gewinnsucht höhere Preise fordern, als nach den geltenden Vorschriften zulässig ist.

Ich betone mit ausdrücklichem Ernst: Diese Pflichtvergessenen wird der Staat in Zukunft hart anfassen, um die Volksgemeinschaft zu schützen und um zu verhindern, daß einzelne das Ansehen und die Arbeit ganzer Berufsstände zu untergraben versuchen.

Deutschlands Lage ist nicht leicht. Nur bei gewissenhafter Mitarbeit jeden einzelnen können wir die uns gestellten, für unser Volk lebenswichtigen Aufgaben meistern. Der nationalsozialistische Staat hat getreu seinem bei der Machtübernahme gegebenen Versprechen die deutsche Landwirtschaft vor dem drohenden völligen Zusammenbruch gerettet und die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft entscheidend verbessert. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind aus ihrem die Erzeugung lähmenden Tiefstand heraus und wieder an dem allgemeinen Preisstand unserer Volkswirtschaft herangeführt worden.

Diese Leistungen von Staat und Volkswirtschaft verpflichten die Landwirtschaft, mit besonderem Eifer den gekennzeichneten Anforderungen nachzukommen, und ich darf es hier aussprechen: Die Landwirtschaft wird in tiefer Dankbarkeit und im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung wie immer geschlossen zur Stelle sein.

Dank den Erfolgen der Erzeugungsschlacht ist die Ernährung unseres Volkes heute schon zu 80 bis 85 v. H. — 1927 waren es nach den Berechnungen des Institutes für Konjunkturforschung nur 65 v. H. — aus eigener Erzeugung gesichert. 15 bis 20 v. H. unseres Bedarfes an Nahrungsmitteln müssen aber auch heute noch aus dem Auslande eingeführt werden. Wir können bei normalen Ernten aus eigener Erzeugung decken den Bedarf an

Brot u. Mehl	zu 100 v. H.
Speisekartoffeln	zu 100 v. H.
Futter	zu 100 v. H.
Frischmilch	zu 100 v. H.

Bei Gemüse und Fleisch erzeugen wir jedoch nur etwa 90 bis 94 v. H. im Inland.

Bei Eiern und Molkereierzeugnissen beträgt die Selbstversorgung etwa 80 bis 85 v. H. und bei Fetten sogar nur 50 bis 55 v. H.

Deutschlands Ausfuhr an Industrieerzeugnissen stößt im Ausland auf große Schwierigkeiten. Wir können deshalb den Umfang unserer Ausfuhr nicht beliebig erweitern. Den Erlös aus unserer Ausfuhr brauchen wir aber nicht nur zur Beschaffung der uns im Inland fehlenden Lebensmittel, sondern in erster Linie auch für die Beschaffung von Rohstoffen.

Verzicht auf die Einfuhr von Rohstoffen zu Gunsten einer verstärkten Lebensmitteleinfuhr würde bedeuten, daß Millionen deutscher Volksgenossen wieder in das Elend der Arbeitslosigkeit zurückgestoßen werden.

Das muß aber unter allen Umständen verhindert werden. Daraus geht hervor, daß einzelne Erzeugnisse, bei denen wir heute noch nicht unseren ganzen Bedarf selbst erzeugen, einmal knapp werden können. Das deutsche Volk wird lieber vorübergehend etwas weniger Fett oder etwas weniger Fleisch oder weniger Eier essen, als der Geißel der Arbeitslosigkeit in Deutschland neuen Raum zu gewähren.

Die Reichsregierung erwartet deshalb von der deutschen Hausfrau, daß sie diese gelegentlich auftretenden Mängel an einzelnen Lebensmitteln mit Verständnis aufnimmt und durch geschicktes Ausweichen zu anderen reichlicher vorhandenen Nahrungsmitteln ausgleicht.

Es braucht niemand Sorge zu haben, daß er nicht satt werden wird.

Das geringe Opfer, das wir dem Aufbau eines starken Reiches in Freiheit und Unabhängigkeit hier bringen, ist nur ein Opfer an Bequemlichkeit. Es geht uns um Deutschlands gesicherte Zukunft. Darum sagen wir die Dinge, wie sie sind und wie sie nicht anders sein können, in dem stolzen Wissen, daß das deutsche Volk sich seiner Verantwortung vor der Geschichte bewußt ist.

Deutsche Währungspolitik bleibt unverändert

Einberufung des Zentralausschusses der Reichsbank

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist auf Mittwoch, den 30. September 1936, nachmittags 4 Uhr, einberufen, um eine Erklärung des Reichsbankpräsidenten über die deutsche Auffassung zur Währungslage entgegenzunehmen. Eine Aenderung der deutschen Währungspolitik steht nicht in Frage.

Auch Holland wertet ab

Rundfunkerklärung des Ministerpräsidenten Colijn

Nach Frankreich und der Schweiz hat nun auch Holland als Goldblockstaat zur Abwertungsfrage Stellung nehmen müssen. Der holländische Ministerpräsident Colijn teilte in einer Rundfunkansprache mit, daß die holländische Regierung mit schwerem Herzen zur Aufgabe des Goldstandards geschritten sei. Sie sei jedoch zu diesem Schritt gezwungen worden, da sonst die Gefahr nahegelegen hätte, daß der Gulden zum Spielball der internationalen Spekulation geworden wäre. Holland habe bis zuletzt den Goldstandard verteidigt, und erst der Entschluß der schweizerischen Regierung, den Franken abzuwerten, habe Holland veranlaßt, ein Gleiches zu tun. Er rechne damit, daß eine gewisse Preissteigerung der ausländischen Güter eintreten werde. Dies gelte jedoch nicht hinsichtlich der inländischen Waren. Er fordere die holländische Bevölkerung auf, ruhig zu bleiben. Dann werde auch dieser schwere Choc überwunden werden können. Die Regierung werde jedem Preiswucher mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln aufs strengste entgegentreten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF